Nr. 473. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 17. September 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Heidelberger Erklärung.

Aus den Reihen der Nationalliberalen ertönt, mit wachsendem Nachdruck, der Ruf, man müsse sich wieder fest auf den Boden der „Heidelberger Erklärung" stellen. Wir wissen nicht, ob alle, die diesen Ruf erheben oder nachsprechen, die vielberufene Erklärung jemals gelesen haben, oder ob sie sich klar darüber sind, was sie für die nationalliberale Parteigeschichte und die innerpolitische Entwickelung des Reiches bedeutet. Das wäre ja auch eine innere Angelegenheit der Partei. Es ist aber doch möglich, daß die Frage auf dem bevorstehenden Kasseler Delegiertentag ihre Rolle spielen wird, und eine Partei faßt nun einmal ihre Beschlüsse nicht wie eine Aktiengesellschaft nur zum eigenen Gebrauche. Sie faßt sie in der Erwartung, daß andere Parteien darnach ihre Beziehungen zu ihr regeln werden. Sie faßt sie in der Hoffnung, daß die Wähler ihr daraufhin treu bleiben und neu zuströmen werden. Und wie die anderen Parteien jener Erwartung, wie die Wähler dieser Hoffnung entsprechen werden, das sind Fragen, die die Interessen, namentlich der verwandten politischen Richtungen, sehr nahe angehen. Deshalb wird es sich für jeden liberalen Politiker empfehlen, sich die Heidelberger Erklärung auf Inhalt und Bedeutung bezeiten wieder anzusehen.

Bemerkenswert an der Erklärung ist zunächst, daß sie sich „auf den bundesstaatlichen Boden der Reichsverfassung" zurückzieht. Das war eine Verleugnung der Bennigsenschen Führung, die bis zuletzt zentralistisch gesinnt war und auch das parlamentarische Recht der Mitbestimmung zu sichern und zu erweitern strebte. Das war eine deutliche Absage an die neugegründete Deutschfreisinnige Partei, die — zu Bismarcks schwerem Aerger — im ersten Satz ihres Programms „verantwortliche Reichsminister" forderte. So kennzeichnete sich die Heidelberger Erklärung gleich in ihrer ersten politischen Forderung als eine Ergebenheitsadresse an die Person des Fürsten Bismarck. Ihm wurde, nachdem man sich für etwaige Heeresvorlagen zu williger Gefolgschaft verpflichtet hatte, dann auch das volle Vertrauen zu seiner auswärtigen Politik ausgesprochen — eine Zusicherung, die gewiß so berechtigt war, wie kaum eine andere, die aber doch in einem Parteiprogramm, das sich auf Grundsätzen und nicht auf persönlichem Vertrauen aufbauen soll, eigentlich nichts zu suchen hat.

Die sozialpolitischen Bestrebungen des Kanzlers werden dann im ganzen gebilligt. „Etwaigen" Reaktionsversuchen wird Fehde angesagt und gelobt, die Rechte des Reichstages, „falls deren Minderung versucht werden sollte", entschieden zu verteidigen. Daran schließt sich eine kurze Erklärung zugunsten des geheimen Stimmrechts. Die Zollgesetzgebung wird „in ihren wesentlichen Grundlagen" als abgeschlossen betrachtet, gefordert wird eine Erhöhung der Börsensteuer und der Branntweinsteuer, eine Reform der Zuckersteuer und des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Die Lage der Landwirtschaft wird „gewürdigt", und dann wird von dieser ehedem liberalen Partei ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie erstmals als programmatische Forderung aufgestellt. Jedenfalls sei die Verlängerung des Sozialistengesetzes „dringend geboten." Zum Schluß wird die „Verschmelzung mit anderen Parteien" ausdrücklich abgelehnt.

Das ist der wesentliche Inhalt der Heidelberger Erklärung, von der führende Nationalliberale behaupten, sie müsse der Partei als programmatische Grundlage dienen. Ein Gelegenheitsprodukt, in dem die Forderungen und Gedanken kunterbunt durcheinander laufen, soll für die künftige Politik der Partei richtunggebend werden! Wenn das einen Sinn haben soll, so wird man ihn nur ergründen können, indem man die Heidelberger Erklärung in ihrem historischen Zusammenhange zu begreifen sucht. Bennigsen hatte im Jahre vorher, tief verstimmt, seine Mandate niedergelegt. Er hatte, 1877 und 1878, den letzten, ernstlichen Versuch unternommen, dem Liberalismus seinen Einfluß auf die Regierung zu sichern. Er hatte nicht Minister werden wollen, ohne daß liberale Männer wie Stauffenberg und Forckenbeck mit in die Regierung einträten, und er hatte dem neuen Zolltarif nicht zustimmen wollen, ohne „konstitutionelle Garantien" als Gegenleistung davonzutragen. Diese konstitutionellen Anschläge auf sein „persönliches Regiment" hatten Bismarck so erbittert, daß er sich keinen Augenblick besann, die ehrliche Entrüstung des Volkes über das Nobilingsche Attentat auszunutzen zum Sturze der Nationalliberalen. Da die Partei sich duckte, statt sich zur Wehr zu setzen, schied ihr linker Flügel aus und verschmolz sich am 4. März 1884 mit dem Fortschritt zur Deutschfreisinnigen Partei. Man hoffte, auch den Rest der Nationalliberalen nachzuziehen, und Bismarck hätte dann wieder mit einer geschlossenen liberalen Vertretung von nahezu 150 Köpfen zu rechnen gehabt.

Fehler, die es zu diesem Zusammenschluß nicht kommen ließen, wurden auf beiden Seiten gemacht. Dies im einzelnen zu verfolgen, ist hier nicht der Ort. Genug, die Nationalliberalen erwiderten auf die Fusion vom 4. März schon am 23. März mit einer scharfen Absage, eben jener Heidelberger Erklärung. Ihre Väter — Johannes Miquel und der Freiherr v. Heyl — wußten vermutlich sehr genau, daß diese Absage an die ehemaligen Bankgenossen vorhergehen müsse, wolle man zu Bismarck wieder in ein erträgliches Verhältnis kommen. Dauernde Spaltung des Liberalismus war seit 1877 eins der vornehmsten Ziele seiner inneren Politik, die „Heidelberger" gaben ihm also zunächst die bündige Versicherung, sie würden sich „vom Linken" nun und nimmer umgarnen lassen. Zugleich stellten sie, die Liberalen von ehedem, sich dem Kanzler bedingungslos zur Verfügung, für seine Gewaltpolitik gegen den um politische Gleichberechtigung ringenden vierten Stand.

Das ist der historische Sinn der Heidelberger Erklärung, von allem nebensächlichen Brimborium des Tagesgeschäfts entkleidet: eine Bitte um gut Wetter an den allmächtigen Kanzler, begleitet von der Versicherung, in Zukunft artig sein zu wollen. Die Bitte fand ein geneigtes Ohr, denn Windthorst — der Bennigsen beim Zollhandel erfolgreich unterboten hatte — war der bequeme Mittelsmann nicht, den der Kanzler an ihm vielleicht zu bekommen gehofft hatte. So führte die Heidelberger Erklärung von 1884 zum Kartell von 1887, zum Rechtsabmarsch der Nationalliberalen für das nächste Jahrzehnt. Die nationalliberale Partei erlebte noch einmal eine künstliche Nachblüte, ein Steigen auf 99 Mandate, um schon nach drei Jahren auf ihren tiefsten Tiefstand, auf 42 hinabgedrückt zu werden.

Diese Tatsachen wird man sich gegenwärtig halten müssen, wenn die Nationalliberalen in Kassel wirklich die „Rückkehr zur Heidelberger Erklärung" beschließen sollten. Diese Rückkehr würde nichts anderes bedeuten als die Rückkehr zur Kartellpolitik — ohne die Voraussetzungen, die das Kartell wenigstens als vorübergehende Erscheinung rechtfertigen konnten. Das Kartell richtete sich bekanntlich gegen die „Reichsfeinde", die das Septennat nicht erneuern wollten. In militärischen Fragen aber machen einer vernünftigen Regierung heute weder das Zentrum noch der Fortschritt Schwierigkeiten. Bleibt also vom alten Kartell nur der gehässige Charakter antiliberaler Gewalt- und Unterdrückungspolitik, der ihm anhaftete. Ist das für einen Kanzler, der nicht mehr Bismarck, sondern Bethmann heißt! Wahrlich, man sollte meinen, die eifrigen Rufer nach einer neuen Heidelberger Erklärung wüßten nicht, was sie täten — bliebe nicht als nachdenklich stimmendes Moment die Ausschaltung der Jungliberalen, als eines selbständig vor dem Parteitage handelnden Faktors. Damit ist jedenfalls das stärkste Hindernis für einen abermaligen Rechtsabmarsch beseitigt, und wer einen Weg freimacht und nach den alten Marschrouten ruft, von dem muß man doch annehmen, daß er den Weg auch zu betreten wünscht!

Paul Harms.

Die kommenden Monarchenbegegnungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Frankfurt a. M.**, 17. September.

Wie wir bereits vor einigen Wochen mitteilen konnten, ist in der ersten Hälfte des Oktober eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren in Aussicht genommen und zwar auf Schloß Wolgarten oder in Wiesbaden nach Beendigung des Friedberger Besuches des Zaren und des Romintener Jagdaufenthaltes des Kaisers; da um diese Zeit König Georg von England seinen Besuch auf Schloß Friedrichshof im Taunus bei seinen Verwandten, dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, in Aussicht gestellt hat, ist auch eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem König von England auf Schloß Friedrichshof vorgesehen. Der deutsche Kaiser hat diesen Besuch bestimmt in Aussicht genommen, da er schon bei den Manövern auf dem Mainzer Sande einem Bekannten gegenüber geäußert hatte: „Auf Wiedersehen, ich werde auch nach Friedrichshof kommen." Sollte eine Zusammenkunft der drei Monarchen in Aussicht genommen sein, worüber an maßgebender Stelle Positives noch nicht zu erfahren war, dann würde sie in Wiesbaden stattfinden.

Ein Automobilabenteuer des Zaren.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Friedberg, 17. September.

Ein Automobilunfall des Zaren wird erst nachträglich bekannt. Am Donnerstag nachmittag machte das Großherzogspaar mit dem Zaren, den Kindern und großem Gefolge in sechs Automobilen einen Ausflug zum Besuch des Fürsten Solms-Lich in Lich, der Heimat der Großherzogin. Im ersten Wagen saßen der Zar, der Großherzog und mehrere Mitglieder der Hofgesellschaft. Der Großherzog selbst steuerte den Wagen. Bei dem Dorfe Niedermöslen kam dem Auto ein mit Kühen bespannter Bauernwagen entgegen, auf dem quer eine große Stange lag, die weit über die Straße reichte. Das Auto des Zaren fuhr gegen diese Stange, der Bauernwagen wurde beiseite geschleudert. Das kaiserliche Auto fuhr noch einige Meter weit, mußte dann aber halten, da es einen Defekt erlitten hatte. Der Großherzog und der Zar stiegen aus. Inzwischen waren zahlreiche Geheimschutzleute auf Fahrrädern eingetroffen, die unliebsame Begegnungen von den Herrschaften fernhielten. Der Großherzog, der Zar und die übrigen Insassen wurden in den übrigen fünf Autos verteilt, dann ging die Fahrt weiter.

Wegen des heutigen Geburtstages der Großherzogin von Hessen war gestern abend ganz Friedberg prächtig illuminiert. Sämtliche Straßendekorationen sind mit frischem Grün versehen worden. Gegen ½8 Uhr fuhr der Großherzog und seine Gemahlin im

Ein Goethedenkmal in Chicago.

Zur Ausstellung in der Berliner Akademie.

Von

Fritz Stahl.

Also: in Chicago wird sich ein Goethedenkmal erheben. Es wird nicht, wie anderswo im Auslande, ein Geschenk aus Deutschland sein, von dem man immer zweifeln muß, ob die Einheimischen es nicht fortwünschen. Bürger selbst errichten es, zugleich als Huldigung für den großen Deutschen und als Schmuck für ihre Stadt, und auch als Werbung übrigens für die neue deutsche Plastik, die ihre monumentale Kraft an der schönen Aufgabe erweisen sollte.

Das Komitee, dessen Vorsitzender, Rechtsanwalt Harry Rubens, zugleich Mitglied der Jury ist, verdient den Dank aller guten Deutschen nicht nur für die Idee, sondern auch für die Art ihrer Ausführung. Acht Bildhauer, darunter sechs deutsche der jüngeren Generation, wurden zu dem Wettbewerb eingeladen, und die Jury, in der vier Künstler neben dem Vertreter des Komitees sitzen, hat das Recht, die Ausführung zu vergeben.

Nun sind die Entwürfe ausgestellt. Ist das Resultat bedeutend? Es sind zwei eigenartige und schöne Monumente zustande gekommen, ein dritter ist noch möglich. Also der Zweck ist erreicht, und wenn der Wunsch des Komitees, daß andere amerikanische Städte dem Beispiele Chicagos folgen, sich erfüllt, so haben also zwei von ihnen fertige Projekte zur Verfügung. Die anderen Entwürfe sind allerdings sehr schwach, und es ist schließlich gleichgültig, ob im einzelnen Falle die Konvention oder die Sensation die Künstler irregeführt hat.

Vielleicht hat manche gedrückt, was andere bedauert hat: die Vorschrift nämlich, daß von einer Porträtstatue abgesehen werden sollte. Diese Vorschrift zeigt, wie gut die Veranstalter des Wettbewerbes mit den Tendenzen unserer Denkmalskunst vertraut sind, daß sie von Lederers Bismarckdenkmal und von Klimschs Virchowdenkmal nicht nur wissen, sondern auch die Gründe solcher Lösungen verstehen.

Die Wahl zwischen den beiden genannten Entwürfen, dem von Hugo Lederer und dem von Hermann Hahn, mag den Juroren schwer genug geworden sein. Und wenn sie sich am Ende einstimmig für den zweiten entschieden haben, so hat dabei gewiß mehr die Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Summe als die rein künstlerische Abwägung entschieden. Lederers Entwurf läßt sich für die 120 000 Mark nicht ausführen. Für uns Zuschauer kommt dieses Bedenken ja nicht in Betracht.

Die beiden Künstler haben ganz grundverschiedene Wege eingeschlagen. Hahn hat sich an einen Zug in Goethes Wesen gehalten und hat diesen, den hohen Schwung, der durch alles Fühlen, Denken und Dichten geht, in einer Gestalt von übermenschlichem Wuchs und Ausdruck sinnfällig gemacht. Lederer hat eine ernste, weihevolle, tief gesammelte Stimmung durch die Architektur erzeugt und den Umfang der Leistung Goethes angedeutet.

Hahns Monument knüpft an das Motto an: „Er nahm an sich Adlerflügel." Auf dem Postamente steht ein kraftvoller, schöner Jüngling, dessen Kopf Züge und Ausdruck des jungen Goethe zeigt. Er setzt den hoch erhobenen Fuß auf einen Felsblock. Auf seinem Knie sitzt ein Adler, den er mit der Rechten umfaßt. Man fühlt, daß dieser Jüngling, der nach oben schaut und strebt, einen hohen Flug nehmen will.

Eine wirkliche „Mal"form ist so entstanden, ein Umriß, der sich einprägt und unverwechselbar bleibt. Der Künstler ist mit dieser aus tiefer Empfindung erwachsenen Statue weit über das hinausgelangt, was er bisher geschaffen hat. Er ist aber dabei der streng plastischen Grundanschauung durchaus treu geblieben. Trotz der starken Bewegtheit wirkt die Gestalt nicht unruhig, und sie schließt sich wundervoll dem Postament an, über dessen Grundlinien sie nach keiner Seite hinausgreift.

Lederer hat auf einer erhöhten Plattform einen Tempel von sehr ernsten und großen Formen errichtet. Die Wände des Rundbaues sind streng geschlossen und durch Pilaster gegliedert. Zwei Eingänge, zu denen breit ausladende Treppen mit ihren niedrigen Stufen langsam hinaufführen, und die einander gegenüberliegen, zwei entsprechende Fensteröffnungen, und das Auge der Kuppel füllen den Raum mit gedämpftem Lichte. Unter dem Auge springt ein Brunnen in einer flachen Schale. In vier tiefen Nischen zwischen den vier Oeffnungen thronen Frauengestalten, Verkörperungen der Künste und der Wissenschaft. Ueber dem Haupteingang ist ein Porträt Goethes in Form einer Maske angebracht.

Dieses Werk darf nicht vergebens geschaffen sein. Und es wird sich gewiß hier oder drüben eine Stadt finden, die es ausführt. Die Gestalten sind ja nur skizziert, aber die Hauptwirkung liegt eben in der Großartigkeit der Architektur, die ein vollgültiges Baukunstwerk ist. Dieser Tempel ist Goethes würdig.

Der Münchener Hubert Netzer hat mit seinem zierlichen Tempelchen, um das herum die anmutsvollen Figuren der neun Musen angeordnet sind, ein Werk geschaffen, das seine Reize hat und einem Park zu hoher Zierde werden kann und sollte. Aber es fehlt der große Ton, den die Beziehung auf Goethe verlangt.

Die übrigen Entwürfe sind schlimm. Ganz unverständlich ist die Gleichgültigkeit, die die großen Aufgabe gegenüber zeigt. Goethe muß ihm wenig bedeuten. Die beiden Amerikaner bewegen sich in ganz konventionellen Formen: der eine gibt einen Prometheus, der den Menschen das Feuer zeigt, der andere drängt Illustrationen sehr fader Art, „Prachtausgaben" bildchen, in ein Relief zusammen. Zwei junge Wiener sind nach der anderen Seite entgleist, ins Ausgerechnete: der eine läßt eine Jünglingsgestalt aus einer stilisierten Lotosblume erwachsen, und was für eine Gestalt! Es ist greulich!

Die beiden ersten Entwürfe werden in Amerika gewiß für die deutsche Plastik Freunde werben, hat ja auch der deutsch-amerikanische Bildhauer Bitter, der als Juror fungierte, sich für sie begeistert, trotzdem er selbst, aus der älteren Wiener Schule hervorgegangen, in ganz anderem Sinne schafft. Man braucht nun nicht mehr zu bedauern, daß die Versuche, eine Ausstellung deutscher Plastik in Amerika zu veranstalten, bisher gescheitert sind. Die Vertretung durch bleibende Werke ist wirksamer. Das andere wird einmal von selbst folgen.